

Windkraft gegen Feuchtbiotop: „Klimaschutz“ auf Norderney

geschrieben von AR Göhring | 17. Januar 2025

Bernd Ufen von der Insel Norderney

Hinter einer Baustelle für Kabeltrassen für Windräder im Meer hinter dem Leuchtturm wurden auf Norderney diverse Bäume gefällt. Foto siehe oben.

Der Witz ist, daß die Stadt Norderney ein Baumförderprogramm aufgelegt hat, denn Bäume sind für den Bestand der Insel wichtig. Ihr Wurzelwerk bindet Erde und Sand, bevor vom Wind alles weggeweht wird und zu Erosion führt. Das kostet den Steuerzahler auch viel Geld.

Es war vorher ein gesundes Feuchtbiotop mit Birken und Erlen. Das ist jetzt vernichtet worden. Verantwortlich dafür ist der Übertragungsnetzbetreiber „Amprion“, der dort Horizontalbohrmaschinen für Offshore-Kabelanbindungen betreiben will und auch einen Lagerplatz für Baumaterialien braucht.

Es handelt sich auch nicht um ein normales Gelände, sondern um die Zwischenzone des Niedersächsischen Nationalparks Wattenmeer. Wer dort Spazierengeht und die Wege verläßt, muß damit rechnen, von einem sogenannten „Ranger“ angeraunt zu werden, da er angeblich die Natur zerstört. Aber Windenergiebetreiber dürfen mit Genehmigung des Nationalparks ja alles.

Die Flächen sollen mit Hochofenschlacke wie schon nebenan aufgefüllt werden und sind dann ein totes Gelände.



Deutschlands Traum von grüner Energie wird zum ALBTRAUM: wirtschaftlicher Zusammenbruch, ökologisches Scheitern und geopolitische Spannungen

geschrieben von Chris Frey | 17. Januar 2025

[Lance D Johnson](#)

Einführung des Übersetzers: Dieser Blick auf unser Land aus durchweg USD-amerikanischer Sicht ist äußerst erhellend. So sieht man uns auswärts wirklich! – Ende Einführung

– Die übermäßige Abhängigkeit Deutschlands von intermittierenden erneuerbaren Energiequellen wie Wind und Sonne hat zu einer Energiekrise geführt, die durch das Phänomen der Dunkelflaute (Zeiten ohne Wind oder Sonnenlicht) noch verschärft wird.

– Die Strompreise in Deutschland sind die höchsten in Europa und erreichen in Krisenzeiten bis zu 900 €/MWh, verglichen mit 250 €/MWh im nuklear versorgten Frankreich.

- Der überstürzte Ausstieg aus der Kernenergie im Jahr 2011 hat Deutschland von Steinkohle, Braunkohle und Energieimporten abhängig gemacht und es zum zweitgrößten CO₂-Emittenten pro Energieeinheit in Europa gemacht.
- Industrien, darunter große Unternehmen wie VW und BASF, verlagern ihren Standort aufgrund der untragbaren Energiekosten, was die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands bedroht.
- Die Krise hat zu geopolitischen Spannungen geführt, da sich die Nachbarländer mit unerschwinglichen Energiepreisen konfrontiert sehen und einen Rückzug aus Energieabkommen erwägen.

Deutschland steckt in einer Energiekrise, liefern doch Wind- und Solarenergie nicht ausreichend Strom

Deutschland, das einst als Europas Pionier der grünen Energie gefeiert worden war, kämpft nun mit einer selbstverschuldeten Energiekrise, die seine Wirtschaft, seine Umwelt und seine geopolitische Stellung bedroht. Die ehrgeizige Umstellung des Landes auf erneuerbare Energien ist zwar gut gemeint, hat aber die Schwachstellen eines Systems offenbart, das sich zu sehr auf intermittierende Quellen wie Wind und Sonne verlässt.

Der Begriff „Dunkelflaute“ ist zum Synonym für die deutschen Energieprobleme geworden. Diese durch den gleichzeitigen Mangel an Wind und Sonnenlicht gekennzeichneten Perioden treten besonders in den Wintermonaten auf, wenn die Energienachfrage ihren Höhepunkt erreicht. Am 12. Dezember 2024 sank die Wind- und Solarstromproduktion in Deutschland auf einen **Bruchteil** des Bedarfs, was die Unsicherheit des deutschen Energienetzes verdeutlicht.

Obwohl der Anteil der erneuerbaren Energien an der deutschen Stromerzeugung in der ersten Hälfte des Jahres 2024 fast 60 % beträgt, verschleiern diese Zahlen die Realität einer unsteten Versorgung. Am 12. Dezember dieses Jahres beispielsweise betrug die deutsche Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie nur 1/30 der Nachfrage nach Strom. Bei einer Dunkelflaute kann die Wind- und Solarstromproduktion auf weniger als 20 % der Kapazität sinken, so dass das Land auf Steinkohle, Braunkohle und Energieimporte aus Frankreich, Dänemark und Polen angewiesen ist.

Wirtschaftliche, ökologische und geopolitische Schäden

Die wirtschaftlichen Folgen der deutschen Energiepolitik sind verheerend. Die Strompreise für Privathaushalte liegen im Jahr 2024 bei durchschnittlich 400 €/MWh und erreichen in Krisenzeiten Spitzenwerte von 900 €/MWh – dreimal höher als in Frankreich und Finnland. Für die Industrie sind diese Kosten nicht tragbar. Energieintensive Sektoren wie die Metallurgie und die chemische Industrie sind besonders stark betroffen, und die Unternehmen wandern in Länder mit billigerer Energie ab.

Während große Namen wie VW, BASF und Mercedes-Benz die Schlagzeilen beherrschen, sind die wahren Opfer kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die unter der Last der exorbitanten Energiekosten zusammenbrechen. Diese Abwanderung der Industrie droht die deutsche Wirtschaft zu zerstören, die einst das Kraftzentrum Europas war.

Deutschlands grüne Energiewende hat sich aus ökologischer Sicht als Eigentor erwiesen. Der durch die Katastrophe von Fukushima ausgelöste Ausstieg aus der Kernenergie im Jahr 2011 hat das Land gezwungen, die Energielücke durch Stein- und Braunkohle zu schließen. Im Jahr 2024 war Deutschland immer noch der zweitgrößte CO₂-Emittent pro erzeugter Energieeinheit in Europa und stieß zehnmal mehr aus als Frankreich.

Diese Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen untergräbt den eigentlichen Zweck der Politik für erneuerbare Energien und verwandelt Deutschlands grünen Traum in einen ökologischen Albtraum.

Die Energiekrise in Deutschland hat weitreichende geopolitische Auswirkungen. Die hohen Strompreise in Deutschland wirken sich auch auf die Nachbarländer aus, machen Energie unerschwinglich teuer und schüren Ressentiments. Im Jahr 2024 war der Haushaltsstrompreis in Deutschland mit 400 €/MWh der höchste in Europa und erreichte Spitzenwerte von 900 €/MWh. Jetzt wird über den Ausstieg aus den Energieabkommen diskutiert, was die europäische Energielandschaft weiter destabilisieren wird.

Deutschlands energiepolitische Fehlritte erinnern eindringlich an die Notwendigkeit einer ausgewogenen, pragmatischen Energiepolitik. Das übereifrige Streben des Landes nach erneuerbaren Energien in Verbindung mit dem überstürzten Ausstieg aus der Kernenergie hat zu einem perfekten Unwetter aus wirtschaftlichem Niedergang, Umweltzerstörung und geopolitischen Spannungen geführt. Die Deutschen müssen nun mit extremen Energiepreisen und stoßweisen Stromausfällen fertig werden.

Quellen: [GatestoneInstitute.org](https://www.gatestoneinstitute.org), [EuroNews.com](https://www.euronews.com), [IEA.org](https://www.iea.org)

Link:

<https://climate.news/2025-01-04-germanys-green-energy-dream-turns-into-nightmare.html>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Scheidende Energieministerin fordert

Trump auf, eines von Bidens größten Geschenken an China intakt zu halten

geschrieben von Andreas Demmig | 17. Januar 2025

Nick Pope, Mitwirkender, 23. Januar 2025, Daily Caller News Foundation, Die ehemalige Energieministerin Jennifer Granholm brachte in einem Kommentar der New York Times vom Donnerstag eine Reihe fragwürdiger Argumente vor und forderte, eines der größten Geschenke von Präsident Joe Biden an China solle unangetastet bleiben.

Sind die Tage von *Net Zero* gezählt? – *Heartland* kommt nach Europa

geschrieben von Chris Frey | 17. Januar 2025

Heartland Institute

Der Einfluss des Heartland Institute auf die Klima- und Umweltpolitik breitet sich weltweit aus, nirgendwo so sehr wie in Europa.

Heartland ist seit langem in Europa präsent, da wir dort über die Jahre mit Verbündeten zusammengearbeitet haben, um die europäische Öffentlichkeit, die Wirtschaft und die Politiker zu ermutigen, fundierte Klimawissenschaft zu akzeptieren und eine kostspielige Klima- und Energiepolitik zu vermeiden, die Europa und die ganze Welt auf den Weg in die Klimaknechtschaft führt.

Heartland hat mit der polnischen Gewerkschaft *Solidarität* zusammengearbeitet, um die Regierung darin zu bestärken weiterhin Kohle zur Stromerzeugung zu verwenden, und zwar vor dem Hintergrund des Drucks der EU, die Kohlenutzung zu beenden und sich auf importierte Energie aus unzuverlässigen erneuerbaren Energien zu verlassen. **Heartland war auch Gastgeber mehrerer internationaler Klimakonferenzen zusammen mit Deutschlands führender Organisation für Klimarealismus, dem Europäischen Institut für Klima und Energie EIKE, um fundierte Wissenschaft zu fördern und den Bemühungen des IPCC entgegenzuwirken, den EU-Bürgern und -Unternehmen immer strengere Treibhausgas-Beschränkungen aufzuerlegen.**

[Hervorhebung von der EIKE-Redaktion]

Unsere gemeinsamen Bemühungen haben nicht immer schärfere Restriktionen verhindern können, aber in unserer Rolle als Aufklärer haben wir dazu beigetragen, den Dissens zu schüren und Proteste gegen höhere

Energiesteuern, Klimabeschränkungen sowie Wind- und Solarsubventionen zu fördern und zu veröffentlichen. Die Tatsache, dass eine Reihe von Energiesteuern in verschiedenen EU-Ländern verschoben, gesenkt oder ganz gestrichen wurden und die Klimapolitik geändert wurde, um ihre wirtschaftlichen Auswirkungen zu verringern, ist zumindest ein Hinweis darauf, dass unsere Bemühungen positive politische Früchte getragen haben.

Im vergangenen Jahr hat sich das, was zuvor ein Rinnsal war, schnell zu einem Sturzbach entwickelt.

Nach dem Besuch der Heartland-Website und der Lektüre einer Online-Version von Heartlands *Climate at a Glance for Teachers and Students* (CAAG) besuchten Harald Vilimsky und Roman Haider, zwei Mitglieder des Europäischen Parlaments, die Österreich vertreten, im Juni 2023 die Büros von Heartland, um sich mit Heartland-Präsident James Taylor und Heartland-Vizepräsident Jim Lakely zu treffen. Sie baten Heartland um Hilfe bei der Bekämpfung des Klima-Alarmismus'. Heartland nahm die Herausforderung an.

Im Anschluss daran luden Vilimsky und Haider Taylor ein, am 13. März 2024 auf einer Sondersitzung des EU-Parlaments Informationen über den Klimawandel, die ESG und die vorgeschlagene Gesetzgebung zu präsentieren, die bis 2050 einen Netto-Null-Ausstoß von Kohlendioxid in der EU vorschreiben würde.

Vor dem Treffen hatten Vilimsky und Haider Taylor darüber informiert, dass die Netto-Null-Gesetzgebung genügend Unterstützung habe, um angenommen zu werden, da die Vertreter Ungarns angedeutet hatten, dass das Land sie unterstützen würde.

Taylor hatte einige der ungarischen Vertreter bereits bei einer früheren Veranstaltung in Wien getroffen, und er erneuerte seine Bekanntschaft kurz vor der Sondersitzung am 13. März. Während der Sitzung erläuterte Taylor, warum es nach den besten verfügbaren Daten keine Klimakrise gibt, und er warnte vor dem wirtschaftlichen, politischen und geopolitischen Selbstmord, den die Netto-Null-Politik bringen würde. Nach der Sitzung traf sich Taylor informell mit vielen der ungarischen Abgeordneten und setzte das Gespräch bei einem Abendessen fort.

Weniger als zwei Wochen später berichteten die Medien über verblüffende Neuigkeiten. Am 25. März zogen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die die Netto-Null-Gesetzgebung unterstützt hatten, diese von der Prüfung zurück, nachdem die ungarischen Abgeordneten angekündigt hatten, dass sie ihre Position geändert hatten und gegen die Gesetzgebung stimmen würden – eine deutliche Niederlage für das globale Klima-Establishment in der Europäischen Union. Damit hatte der Netto-Null-Vorschlag nicht mehr genügend Unterstützung, um verabschiedet zu werden. Vilimsky und Haider machten Taylors Bemühungen dafür verantwortlich, dass der Gesetzentwurf abgelehnt wurde. Der

Gesetzentwurf galt als aussichtsreicher Kandidat für die Verabschiedung durch das EU-Parlament – bis sich das Heartland Institute einschaltete.

Mitte Oktober brachten die Verantwortlichen von Solidarität Taylor zurück nach Krakau und Kattowitz. Ihr Plan war es, Taylor über die spezifischen Probleme und Möglichkeiten im Zusammenhang mit Energie und Klimawissen in Polen zu informieren. Taylor aß mit Beata Szydlo, der polnischen Ministerpräsidentin von 2017 bis 2019, sowie mit polnischen Vertretern des Europäischen Parlaments, von denen einige nur für ein Treffen und ein Gespräch mit Taylor eingeflogen waren. Solidarität stellte Taylor auch führende Vertreter der Schwerindustrie und der Landwirtschaft sowie Wissenschaftler an einer der besten Forschungsuniversitäten des Landes vor. Die Gewerkschaft brachte Taylor vor allem dazu, einen Plan zur Bekämpfung der so genannten „Green Transition“ auszuarbeiten, die in ganz Polen Arbeitsplätze vernichtet.

In einem Vortrag gab Taylor einen Überblick über das Heartland Institute und erläuterte, wie Klimaaktivisten sich über fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse hinwegsetzen und verheerende Auswirkungen auf erschwingliche Energie, die Landwirtschaft, die Umwelt und die individuelle Freiheit in Polen und auf der ganzen Welt haben. Jim Lakely und Keely Drukala von Heartland richteten einen Livestream mit dem Unterstaatssekretär für Wissenschaft im Energieministerium der Obama-Regierung Steve Koonin ein, der auf dem Treffen sprach.

Die Politiker betonten, dass es weder in Polen noch irgendwo sonst in Europa eine Instanz gibt, auf die sie sich verlassen können, um für ihre Freiheit zu kämpfen, insbesondere im Bereich der Klimapolitik. Sie baten Heartland, in Polen Flagge zu zeigen und eine transeuropäische oder transatlantische Allianz von öffentlichen und basisdemokratischen Organisationen zu gründen und zu leiten, um die Agenda der Klimaaktivisten zu bekämpfen und eine freiheitsorientierte Politik in allen Bereichen zu fördern.

Zum Abschluss der Treffen und Besichtigungen unterzeichneten die Leiter der Bergbau- und Energieabteilung von Solidarität und Taylor eine gemeinsame Erklärung zum Klimawandel und zur Energiepolitik sowie eine Absichtserklärung, dass Heartland und die Bergbau- und Energieabteilung von Solidarität bei der Förderung des Klimarealismus' eng zusammenarbeiten wollen.

Im Rahmen dieser Verpflichtung aktualisierte Heartland auf Ersuchen der Solidarität-Führungskräfte zehn Informationsblätter von Climate at a Glance und übersetzte sie ins Polnische, um sie dort zu veröffentlichen. Taylor entwickelte auch zwei Dokumente, die eine transatlantische Allianz beschreiben, eines mit Prinzipien und Schritten zur Förderung der Freiheit im Allgemeinen und eines zur Förderung der Energieentwicklung und zum Abbau von Klimabeschränkungen. Diese Dokumente werden als Kernstück der umfassenderen internationalen Bemühungen von Heartland dienen, denen sich Verbündete in allen EU-

Ländern und Großbritannien anschließen können, um die laufende Zusammenarbeit bzgl. dieser Themen und der Politik zu festigen und zu lenken.

Der bisher größte Schritt von Heartland in Europa stand jedoch noch bevor.

Nigel Farage, ein ehemaliger Vertreter von UK im Europäischen Parlament und derzeitiges Mitglied des britischen Parlaments und Vorsitzender von Reform UK, sprach mit Taylor beim Abendessen zum 40-jährigen Bestehen von Heartland, bei dem Farage der Hauptredner war. Farage ermutigte Heartland, einen Stützpunkt in Europa zu errichten, insbesondere in Großbritannien, und versprach, die Bemühungen zu unterstützen (siehe Eingangsbild oben).

Heartland hatte zuvor mit CAR 26 zusammengearbeitet, einer führenden britischen Gruppe, die sich für fundierte Klimawissenschaft und -politik einsetzt und von Lois Perry geleitet wird. In Gesprächen mit Perry betonte sie, dass ihre Bemühungen mit einer stärkeren, dauerhaften Heartland-Präsenz effektiver sein würden.

So kam es, dass Heartland am 17. Dezember 2024 im Beisein der ehemaligen Premierministerin Liz Truss, Farage und anderen prominenten Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft offiziell das möglicherweise erste von mehreren Satellitenbüros in Großbritannien, Heartland UK/Europe, eröffnete.

Perry wurde als geschäftsführender Direktor von Heartland UK/Europe berufen.

„Das Heartland Institute kann auf eine stolze Geschichte in der Bereitstellung von Forschungsergebnissen und Ressourcen zurückblicken, welche die konservative und freiheitsorientierte Politikgestaltung in den Vereinigten Staaten prägen“, sagte Taylor bei der Ankündigung der Gründung. „In den letzten Jahren hat eine wachsende Zahl von politischen Entscheidungsträgern in Großbritannien und Kontinentaleuropa darum gebeten, dass Heartland ein Satellitenbüro einrichtet, um Ressourcen für konservative politische Entscheidungsträger in ganz Europa bereitzustellen. Mit unserem Start in Großbritannien und Europa wollen wir diesem Wunsch in ganz Europa nachkommen und uns für die Prinzipien der Freiheit und des wirtschaftlichen Wohlstands in einer Zeit zunehmender Regulierung und wachstumsfeindlicher Politik einsetzen.“

„Der Start von Heartland UK/Europe ist ein Zeichen für unser Engagement, mutige, evidenzbasierte Lösungen in den Vordergrund der politischen Diskussionen in Europa zu stellen“, sagte Perry. „Indem wir wichtige Führungspersonlichkeiten und Denker von beiden Seiten des Atlantiks zusammenbringen, fördern wir einen wichtigen Dialog, um einer ideologisch motivierten Überregulierung entgegenzuwirken und eine Politik voranzutreiben, die Individuen und Gemeinschaften stärkt.“

Der Autor eines Artikels über die Gründung von Heartland UK/Europe

fragte hoffnungsvoll: „Sind die Tage von Net Zero gezählt?“ Autor Harrison Pitt schrieb in seinem Artikel unter anderem:

Die Ressourcen, die Heartland UK/Europa zur Verfügung stellen kann, sowohl intellektuell als auch finanziell, werden von unschätzbarem Wert sein. In der Tat könnte diese Art von amerikanischer Präsenz in Großbritannien weder zu einem besseren Zeitpunkt kommen noch dringender gebraucht werden. Es gibt Anzeichen dafür, dass sich UK derzeit in einem beschämenden Wettstreit mit Justin Trudeaus Kanada befindet, um herauszufinden, wer die ultimativen Rechte als die am schlechtesten regierte, im Niedergang begriffene Nation in der Anglosphäre für sich beanspruchen kann.

Nirgendwo ist unser Anspruch auf diesen Titel stärker als in der quixotischen, utopischen Besessenheit des britischen Staates, Netto-Null-Emissionen zu „erreichen“. Billige, effiziente und verlässliche Energie ist das Lebenselixier einer fortschrittlichen Industriewirtschaft. Ohne sie ist es schwieriger, an Kapital zu kommen, die Häuser sind teurer zu heizen, und die Lebensqualität der Menschen sinkt insgesamt. . .

Das Heartland Institute ist ein langjähriger Gegner der Militarisierung der Wissenschaft. Sie betrachten das wissenschaftliche Unternehmen als einen Prozess und ein Verfahren, nicht als einen Moment oder einen Katechismus. Der Grund dafür ist, dass alle wahren Wissenschaftler, wie der Philosoph Karl Popper forderte, durch „Vermutung und Widerlegung“ vorgehen – der Grundgedanke ist, dass jede wissenschaftliche Erkenntnis, die wir glauben, verstanden zu haben, auch wenn sie sich gegen Falsifizierungsversuche bewährt hat, als vorläufig behandelt werden sollte.

Die Politik der Manager ist das, was passiert, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse als unanfechtbare Gewissheiten behandelt und zur Rechtfertigung groß angelegter sozialer Projekte herangezogen werden. Und wie es sich für Manager gehört, werden die zentralen Planer, die den Rest von uns für die von ihnen favorisierte Mission einspannen, größtenteils von den unrühmlichen Folgen ihrer großen Pläne abgeschirmt.

Im Falle der Netto-Null-Agenda sind es die normalen arbeitenden Menschen – also die, für die die Labour-Partei zu sprechen vorgibt -, die am meisten leiden und auch weiterhin leiden werden. Ein Trost ist, dass dies bedeutet, dass ihre politische Loyalität in den nächsten fünf Jahren zur Disposition steht. Mit dem intellektuellen Gewicht und der wissenschaftlichen Feuerkraft des Heartland Institute im Rücken hat Farage jetzt eine noch größere Chance, die Menschen nicht nur für sich zu gewinnen, sondern sie auch mit praktischen Ergebnissen auf seiner Seite zu halten, falls er es jemals in die Nr. 10 schafft.

Es geht aufwärts für den Klimarealismus in der ganzen Welt, wobei das Heartland Institute die Führung übernimmt.

Quellen: [European Conservative](#); [The Heartland Institute](#); [Heartland UK/Europe](#)

Link:

<https://heartland.org/opinion/climate-change-weekly-530-are-net-zeros-days-numbered-heartland-comes-to-europe/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE-Redaktion

Republikaner stellen Gesetzentwurf vor, um Fracking vor zukünftigen präsidentiellen Maßnahmen zu schützen

geschrieben von Andreas Demmig | 17. Januar 2025

Nick Pope, Mitwirkender, 08. Januar 2025, Daily Caller News Foundation
Der republikanische Abgeordnete August Pfluger hat am Freitag einen neuen Gesetzentwurf eingebracht, der es dem Präsidenten verbieten würde, Fracking ohne die Zustimmung des Kongresses landesweit zu verbieten.